

Reinhard Stern
Vorsitzender des Finanz- und Grundstücksausschusses
der Landeshauptstadt Magdeburg



Rede zum Haushaltsplan 2012 auf der 44. Stadtratssitzung
am 17. Januar 2012

(Es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrte Beigeordnete,
Sehr geehrte Damen und Herren,

der Entwurf des Haushaltsplanes 2012, den der Herr Oberbürgermeister vor 2 Monaten in den Stadtrat eingebracht hat, fällt in eine Zeit von Sparbemühungen auf allen Ebenen. Sowohl in den Ländern der EU als auch in Deutschland in den einzelnen Bundesländern ist Sparen angesagt.

Noch nie war die Aufstellung eines Haushaltsplanes mit so vielen Risiken und Unabwägbarkeiten verbunden wie in diesem Jahr, sagte der Oberbürgermeister bei der Einbringung. Er bezog sich dabei auf die drohenden Finanzkürzungen des Landes sowie sinkende Zuweisungen des Bundes für strukturelle Arbeitslosigkeit und eine Unsicherheit, in welcher Höhe sie sich im Haushalt niederschlagen.

Wir kämpfen seit Jahren in Deutschland in den Kommunen im Allgemeinen und in Magdeburg im Besonderen mit den Auswirkungen der Steuerreform von 2000. Den Kommunen geht es seit dieser Reform schlechter. Wir haben in 4-5 Jahren Schulden von 180 Millionen Euro angehäuft.

Auch bei uns ist deshalb Sparen angesagt.

Mehr als 171 Konsolidierungsvorschläge spiegeln das Bemühen, aber auch den Erfolg wieder. Als Ergebnis stehen 80 Mio. Euro Einsparungen, davon 35 Mio. Euro im Personalbereich zu Buche.

Für 2012 hofften wir deshalb, wie in den Landesbeschlüssen und von allen Landtagsfraktionen angekündigt, um eine dementsprechende Zuweisung aus dem FAG, die diesen Bemühungen Rechnung trägt. Doch statt Planungssicherheit überwog die Unsicherheit.

Selbst der Landesrechnungshof hat den Entwurf des FAG stark kritisiert.

Unsere Bemühungen zum sparsamen Wirtschaften wurden damit konterkariert.

So war es nur selbstverständlich, dass sich Verwaltung und Stadtrat auf eine Drucksache verständigten, die unseren Bemühungen Rechnung trägt, die Sparbemühungen angerechnet zu bekommen.

Der Finanzausschuss hat in einem von allen Fraktionen getragenen Antrag dieser DS0384/11 vom September folgenden Anstrich hinzugefügt, der einstimmig im Stadtrat beschlossen wurde:

- Der Stadtrat beschließt, die zukünftigen Haushalte in Erträgen und Aufwendungen mit allen Konsequenzen für die Finanzierung von öffentlichen Leistungen, insbesondere in den freiwilligen Bereichen, ausgeglichen zu gestalten.
- Der Stadtrat betont in diesem Zusammenhang die verfassungsrechtlichen Gebote zur angemessenen Finanzausstattung der Gemeinden und zur Einhaltung des Konnexitätsprinzipes. Er fordert das Land auf, diesem Grundprinzip im zukünftigen kommunalen Finanzausgleich umzusetzen.

Ein Thema ,was in meinen früheren Reden zum Haushalt immer wieder angesprochen wurde.

Bis zur Sitzung des Finanzausschusses im Dezember war uns deshalb nicht klar, welches finanzielle Szenario wir deshalb diskutieren.

Die Beschlüsse des Landes vom 15. Dezember wurden durch die Verwaltung kurzfristig in die Drucksache eingearbeitet und konnten so am 16. Dezember in der Klausur diskutiert werden.

Mein Dank an dieser Stelle geht an die Verwaltung und an die Mitglieder des Finanzausschusses, die sich dieser ungewöhnlichen Situation stellten.

Der vorliegende Entwurf mit Erträgen von 560 943 Euro und Aufwendungen von 560 414 Euro bringt uns ein Ergebnis von 528 335 Euro. Damit haben wir zum ersten mal seit 2002 wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorzuliegen.

Dennoch gibt es erhebliche Risiken in diesem Haushalt. Ich nenne nur einige, wie 3,0 Mio. Euro bei Personal. Bei der Entwicklung Hilfen zur Erziehung 0,14 Mio. Euro, bei der Kinderförderung 1,3 Mio. Euro.

Und nicht zuletzt wissen wir nicht, was die Tarifverhandlungen ergeben.

Die Gewerkschaften fordern 6-7 %, jeder Prozentpunkt bedeutet 1 Mio. zusätzlich für den Haushalt.

Die gesamtwirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt ist in den vergangenen Monaten ein gehöriges Stück vorangekommen. Wir erwarten Gewerbesteuerereinnahmen in 2011 von 88 Mio. Euro und planen für 2012 mit Einnahmen von 93,5 Mio. Euro.

Das ist erfreulich und sehr ambitioniert. Dennoch ist die Steuerkraft pro Einwohner zu gering. Bei den Investitionen steht, wie in den vergangenen Jahren, die Sicherung der begonnenen Vorhaben und die Einhaltung von Verpflichtungen aus Förderprogrammen.

Das Konjunkturprogramm 11 ist leider ausgelaufen und steht uns nicht mehr zur Verfügung. So wird in 2012 vor allem die Investitionspauschale des Landes genutzt, um über Förderprogramme Projekte zu finanzieren.

Schwerpunkte sind dabei

- Sanierung der Schwimmhalle Nord
- Ausbau der Berliner Chaussee
- Fertigstellung des Mitteldeutschen Figurentheaterzentrums

34,6 Mio. Euro stehen für neue Baumaßnahmen zur Verfügung, weitere 3 Mio. Euro für den Erwerb von Anlagevermögen, davon 8 Mio. Städtebauförderung

Neue Baumaßnahmen, denen der Finanzausschuss positiv gegenübersteht sind:

- die Erneuerung der Fahrbibliothek
- die Erneuerung der Hafnenbahnbrücke
- die Sanierung der Grundschule am Pechauer Platz
- die Sanierung des Schulzentrums Albert-Vater-Straße
- die Einführung des Digitalfunks bei der Feuerwehr

Die Summe für Neuinvestitionen ist allerdings die geringste seit Jahren und die Entwicklung des Investitionsvolumens ist in den kommenden Jahren massiv rückläufig.

Für die heimische Wirtschaft ist das kein gutes Zeichen. Hier müssen wir im Finanzausschuss in den kommenden Monaten nochmals darüber reden, da auch die Summe der Abschreibungen bei 45 Mio. Euro die Summe der Investitionen klar übersteigt. Projekte gibt es genug auf der Liste der ungedeckten Projekte.

Lassen sie mich etwas zu ausgewählten Positionen sagen.

Der Bereich Soziales nimmt mittlerweile 32 % unseres Haushaltes auf der Ausgabenseite ein und ist jedes Jahr steigend. 12 Mio. Euro mehr als im letzten Jahr.

Ich habe im letzten Jahr den Punkt Hilfen zur Erziehung angesprochen und hatte auf die unterschiedlichen Kosten bei der Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen oder bei der Betreuung in Familien hingewiesen.

Die Aufgabe steht weiter, Familien zu finden, die sich dieser anspruchsvollen Aufgabe stellen. Unsere Bitte nochmals an den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Gesundheit und Soziales, sich diesem, nicht einfachen, anspruchsvollem Thema zu stellen.

Im Deckungskreis Soziales belasten uns Arbeitslosenzahlen von 13.758 immens.

Der Bund hat zwar seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft bei Bedarfsgemeinschaften von 23 auf 26,4 % erhöht, aber die Zahlen sind hier immer noch zu hoch.

Wir haben in diesem Bereich ein hohes Planungsrisiko.

Wie in den vergangenen Jahren sind die Unterhaltszahlungen von Müttern und Vätern, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, eine schlecht kalkulierbare Größe. Die beste Sozialpolitik, sagte einmal ein kluger Mann, ist eine gute Wirtschaftspolitik.

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen hat für Verwaltung und Finanzausschuss deshalb auch weiterhin hohe Priorität.

Als Lenkungsausschuss für Rothensee begleitet der Ausschuss solche Vorhaben wie

- Erschließung eines Gewerbegebietes auf dem Südgelände der
- Großgaserei (Invest. 4,5 Mio. Euro)
- Erschließung für den Hansehafen 37,2 ha (Invest 4,5 Mio. Euro)
- die Erschließung Gewerbegebiet SKET Nordgelände 43 ha (4,5 Mio. Euro)

Dies sind Investitionen, die dringende Voraussetzungen sind für neue Ansiedlungen.

Im Ausschuss gab es eine kontroverse Diskussion über die Vermarktungsbereitschaft bzw. Spendenbereitschaft hiesiger Unternehmen und damit verbundene Einstellung von geplanten Spendenmitteln in den Haushalt, dies ist eine große Herausforderung für das Wirtschaftsdezernat.

Im Kulturbereich stehen wir vor einem ereignisreichen Jahr.

Die Planungen für die Besucherzahlen des KHM bezüglich der Sonderausstellungen sind beachtlich. Leider findet sich im Haushalt keine Aussage zum geplanten Mittelalter – Zentrum. Auch sind Beschlüsse des Rates zur Kulturhauptstadt noch nicht eingearbeitet.

In meiner Rede zum Haushalt 2011 hatte ich auf den Wirtschaftsplan des Theaters hingewiesen.

Nun unterliegt das Theater nicht nur einer vorläufigen Haushaltsführung für das Jahr 2011, sondern hat für 2012 ein zu konsolidierendes Defizit von über 1,0 Mio. Euro

Hier baut sich ein bisher nicht benanntes Risiko für unseren Haushalt auf.

Seitens des Finanzausschusses möchte ich der Hoffnung Ausdruck geben, dass der Aufsichtsrat die Dringlichkeit der Kontrolle der Maßnahmen ständig beaufsichtigt und einfordert.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Anzahl der Änderungsanträge von nunmehr fast 40 in der Klausurberatung möchte ich entsprechend den vergangenen Jahren bezeichnen.

Die Klausur wurde diesmal wieder an zwei Tagen durchgeführt. Am ersten Tag haben wir die Anträge der Fraktionen besprochen und abgestimmt. Ein Teil der Anträge hatte keine unmittelbaren Auswirkungen auf den Haushalt 2012 wie

FDP- Auslaufen der Trägerschaft des Frauenhauses vorbereiten

SPD-future-Tierschutzpartei Kosten-Nutzen Analyse Jugendamt Zeile 17

CDU/BfM – Beseitigung der Strukturfehler des Finanzausgleichgesetzes

Maßnahmen, die zusätzliches Geld kosten hat der Finanzausschuss bei nicht genannter Deckungsquelle abgelehnt (hat mir gefallen)

Auf einen Antrag möchte ich noch hinweisen.

Nachdem sich der Finanzausschuss mehrfach mit dem Thema –Einnahmen durch Straßenausbaubeiträge befasste, haben mehrere Mitglieder des Ausschusses den Antrag gestellt, endlich mal die Möglichkeit zu eruieren, die Straßenausbaubeiträge von 1996, 1997, 1998 und ffg. nicht nur zu erfassen, sondern auch einzuholen, damit ein Bürger noch versteht, wofür er zahlen soll .Der Finanzausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Annahme des Antrages.

Kennzahlen gab es dieses Jahr zum erstenmal im Haushaltsentwurf, allerdings in unterschiedlicher Qualität.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die zweite Beratung der Klausur zu den Anträgen war am 11. Januar, nachdem die Ausschussmitglieder den Antrag des Oberbürgermeisters zur Amortisation der FAG-Mindererträge 2012 nochmals geprüft hatten. 3,8 Mio. Euro Defizit waren noch zu amortisieren.

Hier entzündete sich die Diskussion vor allem am Vorschlag des Oberbürgermeisters, den Hebesatz der Grundsteuer B um 10% bzw. um 45 Punkte zu erhöhen.

Es lag hierzu ein Gegenvorschlag von CDU/BfM und FDP vor, statt der Grundsteuererhöhung 60 Stellen von dem im Stellenplan 2012 unbesetzten 245 Stellen zeitweise 2012 nicht zu besetzen.

Die Verwaltung hatte zu der Beratung kurzfristig ein Papier erarbeitet, dass auf die Stellenanzahl der unbesetzten Stellen zum Stichtag einging (136,47) 9.1.2012

Da ich annehme, dass sich im Stadtrat hierzu noch eine Diskussion entwickelt, will ich den Argumenten nicht vorgreifen.

Im Ausschuss gab es nach fast 2 Stunden Diskussion ein 6 / 3 / 0-Ergebnis zu dem Vorschlag des Oberbürgermeisters.

Nun komme ich zum Ende meiner Ausführungen und möchte abschließend unser Gesamtvotum zum Haushalt wiedergeben.

Die Drucksache zum Haushalt mit den einzelnen Anträgen, Änderungsanträgen und Änderungslisten wurde mit den Änderungen mit 3 / 2 / 4 zur Beschlussfassung empfohlen

Bedanken möchte ich mich seitens des Finanzausschusses bei den Beigeordneten und ihren Kolleginnen und Kollegen für die Mitarbeit in der Klausurtagung im Dezember.

Mein Dank an der Stelle gilt vor allem den Mitarbeitern im Bereich Finanzservice für Organisation und Abwicklung der Beratung und nicht zuletzt dem Oberbürgermeister und dem Beigeordneten für Finanzen, die an der gesamten Klausurberatung teilgenommen haben.

Ich danke ihnen für ihre Aufmerksamkeit!